

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 27. MÄRZ 2019



ANTJE GROTHEER IST NEUE BÜRGERSCHAFTSPRÄSIDENTIN

ABGEORDNETE WÄHLEN SOZIALDEMOKRATIN MIT GROSSER MEHRHEIT ALS ERSTE FRAU IN DAS AMT

Antje Grotheer ist die neue Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft. Die Sozialdemokratin erhielt heute 63 von 77 abgegebenen Stimmen. Grotheer ist damit die erste Frau an der Parlamentsspitze. In ihrer Antrittsrede betonte sie: „Es ist mir enorm wichtig, – nicht nur in den gut zwei Monaten bis zur Wahl – alles daran zu setzen, um die Menschen in unseren beiden Städten davon zu überzeugen, dass es sich lohnt, wählen zu gehen.“

Mit großer Mehrheit hat die Bürgerschaft heute Antje Grotheer zu ihrer neuen Präsidentin gewählt. Die Sozialdemokratin tritt damit die Nachfolge des im Februar verstorbenen Christian Weber an. Und an ihren Vorgänger erinnerte Grotheer dann auch zu Beginn ihrer Antrittsrede. „Christian Weber hat hier große Fußspuren hinterlassen“, sagte sie. „Ihm gilt mein besonderer Dank und Respekt für seine Arbeit im und für das Parlament, für seinen unermüdlischen Einsatz für Bremen, für die Demokratie. Auch deshalb übernehme ich dieses Amt mit Ehrfurcht und mit Hochachtung.“

Sie wolle das, was Weber gelebt habe, fortsetzen, kündigte Grotheer an: Sie wolle für die Demokratie werben. „Und ich möchte alle erreichen: von den protestierenden Schülerinnen und Schülern angefangen bis zu den Menschen weit weg von diesem Marktplatz, die schon lange nicht mehr wählen gegangen sind.“ Vor vier Jahren sei die Wahlbeteiligung so niedrig gewesen wie

noch nie, so Grotheer. Diesen Zustand wolle sie nicht hinnehmen, sondern gemeinsam mit den anderen Abgeordneten aktiv daran arbeiten, ihn zu ändern. Grotheer: „Damit wir wirklich die Interessen der Menschen in unseren Städten vertreten können, müssen wir alle uns gemeinsam um sie bemühen – und parteiübergreifend dafür kämpfen, dass sie sich einbringen, dass sie ihr demokratisches Recht nutzen und bestimmen, wohin die Reise geht!“

„Ich wünsche mir eine lebendige Demokratie in unseren beiden Städten: Dass wir gemeinsam für unsere Themen kämpfen. Dass wir streiten, dass wir überzeugen! Mit Worten, mit Argumenten – mit Respekt, ohne persönlich zu werden, ohne Hass und Hetze! Grundbedingung dafür ist die Fähigkeit zum Kompromiss und das Anerkennen anderer Meinungen und gemeinsamer Regeln“, sagte Grotheer weiter – und ging auch darauf ein, dass sie die erste Frau im Amt ist. „Ich hoffe, dass wir mit den vielen anderen weiblichen Präses

und Präsidentinnen, die wir schon längst in dieser Stadt haben, ein sichtbares Zeichen setzen für echte Gleichberechtigung“, erklärte sie. „Aber so wichtig es ist, dass Frauen zeigen, dass sie sich in derartigen Positionen durchsetzen können und dass dort niemand mehr an uns vorbeikommt: Gleichberechtigung darf sich nicht in der Diskussion über Gästelisten bei der Eiswette oder bei der Schaffermahlzeit erschöpfen! Ja, es ist richtig, dass sich dabei etwas tun muss – aber viel wichtiger ist es, dass Gleichberechtigung bei der weitaus größeren Mehrheit der Frauen ankommt.“

Es gebe noch viel zu tun, um die Gleichberechtigung von Frauen zu erreichen, betonte Grotheer. „Dazu gehören gute Löhne und Arbeitsbedingungen, dazu gehört Wertschätzung und dazu gehört Respekt. Ich will mich auch dafür stark machen, dass wir endlich auch die strukturelle Ungleichbehandlung von sogenannten ‚Frauen- und Männerberufen‘ auflösen. Auch das gehört für mich zur Demokratie.“

GESETZ BREMEN UND BREMERHAVEN FINANZIELL GUT AUFGESTELLT

Die Bürgerschaft hat heute eine Änderung der Finanzbeziehungen des Landes Bremen mit den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven beschlossen. Max Liess, Sprecher für Haushalt und Finanzen der SPD-Fraktion, betonte: „Hier ist eine gute Lösung gefunden worden.“

„Als wir das Thema das letzte Mal hier im Parlament diskutiert haben, war die Frage, ob es in dieser Legislaturperiode noch gelingen kann, zu einer Einigung zu kommen“, sagte Liess heute in seiner Rede in der Bürgerschaft. „Ich bin dankbar, dass wir dies tatsächlich geschafft haben. Es waren keine leichten Verhandlungen. Und man muss anerkennen, dass das Land Bremen für die beiden Stadtgemeinden an die Grenze des Möglichen gegangen ist.“

Deshalb sei der nun gefundene Kompromiss nicht nur mit einem lachenden,



Max Liess

sondern auch mit einem weinenden Auge zu sehen. Denn das Land übernehme die Schulden der Stadtgemeinden und damit auch die Zinslasten – und das Risiko von Zinssteigerungen. Bremen und



Bremerhaven erhielten aber so mehr finanziellen Handlungsspielraum.

„Was wir heute beschließen, schafft Planungssicherheit für beide Kommunen“, erklärte Liess. „Es bedeutet aber auch die Verpflichtung, die Schuldenbremse

ab 2020 einzuhalten. Die nun gefundene Regelung ermöglicht es ihnen, dies auch zu schaffen. Deswegen kann man nur bilanzieren: Wir haben hier eine gute Lösung gefunden – einen tragfähigen Kompromiss, der lange tragen wird.“

ANTRAG CHANCEN DURCH DEN DIGITALPAKT NUTZEN!

Die Bürgerschaft hat heute über den Digitalpakt von Bund und Ländern debattiert, der Bremen bis 2024 mehr als 48 Millionen Euro bringt, um in eine moderne, digitale Ausstattung der Schulen zu investieren. Zudem beschloss sie einen Antrag mit konkreten Maßnahmen, mit denen die Umsetzung des Digitalpaktes zu einer besseren Vermittlung von digitalen Kompetenzen führen soll.

„Mit dem Digitalpakt sollen Schulen mit technischen Geräten ausgestattet werden. Das ist aus unserer Sicht auch dringend nötig, um den Anschluss nicht zu verlieren“, sagte Mustafa Güngör, Sprecher für



Mustafa Güngör

Kinder und Bildung der SPD-Fraktion, heute in seiner Rede.

Klar sei aber auch, dass die nun geplanten Anschaffungen hohe Anforderungen an die technische Infrastruktur stellten.

Wenn etwa viele Tablets in einer Klasse gleichzeitig im Einsatz seien, weil auf einer multimedialen Lernplattform gearbeitet wird, dann müsse die Ausstattung mit Bezugspunkten für das W-Lan entsprechend zahlreich sein. „Daher brauchen wir eine Ausstattungsstrategie, in der wir Standards für alle Schulformen entwickeln. Dazu können wir den Digitalpakt nutzen – ebenso wie dafür, eine Cloudlösung zu entwickeln, damit Lehrkräfte und Schüler nicht mehr mit USB-Sticks durch die Schulen laufen müssen.“

Güngör betonte, dass Bremen in einigen Bereichen bereits sehr gut aufgestellt sei. Das betreffe etwa eine zentralisierte Struktur bei technischen Störungen und Problemen. Hier sei Bremen weiter als viele andere Bundesländer. „Auch im Bereich Medienkompetenz sind wir weit vorangeschritten“, so der Sozialdemokrat. „Schon weit vor der Idee eines Digitalpaktes gab es in Bremen eine Handreichung zur Medienkompetenz. Die Förderung der Medienbildung wird als Querschnittsaufgabe für alle Lehr- und Lernprozesse verstanden. Den ‚Masterplan Medienbil-

dung – neues Lernen mit Medien‘ gibt es bereits seit neun Jahren.“

Die Digitalisierung in den Schulen biete also viele Chancen, sagte Güngör und nannte als Beispiel auch den Bereich der Inklusion. Denn moderne Tablets böten für Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung Bedienungshilfen wie zum Beispiel eine Vorlesefunktion, die sonst nur mit viel Aufwand, mit größeren Geräten – und verbunden mit einer größeren Stigmatisierung – geleistet werden könnten.

„Lassen Sie uns also die Chancen, die sich durch die Digitalisierung bieten, nutzen“, so Güngör abschließend. „Denn so können Schülerinnen und Schüler mit den richtigen Antworten für diese Zeit mehr Teilhabe erleben – und vielleicht können wir so auch einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit leisten.“

> Antrag: Digitale Mündigkeit und digitale Kompetenzen bei der Umsetzung des Digitalpaktes verwirklichen

http://tiny.cc/digitalpakt_hb

DEBATTE **LOHNGLEICHHEIT MUSS REALITÄT WERDEN!**

Gleiches Geld für gleiche Arbeit: Was eine Selbstverständlichkeit sein sollte, ist es für viele Frauen bis heute nicht. Sechs Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen erhalten sie Untersuchungen zu Folge. „Das kann nicht angehen“, betonte heute in einer Aktuellen Stunde die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Böschchen, „und wenn sich dies anders nicht auflösen lässt, muss es ein Gesetz zur Entgeltgleichheit geben.“



Sybille Böschchen

Am 18. März war in diesem Jahr der Equal Pay Day – der Tag, bis zu dem Frauen rechnerisch umsonst gearbeitet haben, um auf das Vorjahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen.

Denn der durchschnittliche Verdienst von Frauen liegt um 21 Prozent niedriger als der von Männern.

Das hat Gründe. „Frauen leisten oft mehr Sorgearbeit als Männer“, erklärte Sybille Böschchen in ihrer Rede. So seien sie es häufig, die sich mehr um Kinder, pflegebedürftige Angehörige oder schlicht die Hausarbeit kümmern. „Das Ziel muss sein, dass die Sorgearbeit gleichmäßiger aufgeteilt wird“, so Böschchen. „Und wir brauchen eine Infrastruktur, die den Frauen, die das wollen, die gleiche Möglichkeit gibt, ihrem Beruf nachzugehen wie Männern. Hier haben wir schon Verbesserungen erreicht, etwa durch die Elternzeit, den Ausbau der Kinderbetreuung oder die Pläne zur Ausweitung der Möglichkeiten zum Home Office.“

Es müssten aber auch weiterhin grundsätzliche Probleme angegangen werden, so Böschchen. „Obwohl wir immer wieder

feststellen, dass die Arbeit am Menschen wichtig ist, wird sie schlechter bezahlt, als zum Beispiel technische Berufe oder Tätigkeiten in der Finanzbranche. Und selbst, wenn eine Frau und ein Mann die gleiche Tätigkeit ausüben, kommt es zu Lohnunterschieden von bis zu sechs Prozent. Das müssen wir ändern. Das Entgelttransparenzgesetz ist hier ein guter Schritt – am Ende muss aber die Pflicht zur Entgeltgleichheit unser Ziel sein.“

Bremen habe dabei durchaus Maßnahmen ergriffen, um für eine bessere Bezahlung von Frauen zu sorgen, wie etwa die Anhebung des Landesmindestlohns, von dem Frauen überproportional profitieren oder die Anhebung der Bezahlung von Grundschullehrkräften, die auch überwiegend weiblich seien, sagte Böschchen und schloss: „Es bleibt noch eine Menge zu tun. Wir sollten aber auch nicht schlechttreden, was bereits geschafft worden ist.“

DEBATTE **FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR GEFLÜCHTETE WEITERHIN NOTWENDIG!**

Für Klaus Möhle steht fest: „Der Bund darf seine finanzielle Unterstützung für Unterbringung und Integration von Geflüchteten nicht kürzen!“ Der sozialpolitische Sprecher versicherte dem Bürgermeister daher die volle Unterstützung der SPD-Fraktion, wenn dieser sich gegen die entsprechenden Pläne der Bundesregierung einsetze.

Möhle erinnerte in einer Aktuellen Stunde des Landtages an die Situation 2015, als innerhalb kurzer Zeit sehr viele Menschen auf ihrer Flucht vor Krieg und Vertreibung Schutz in Bremen fanden. „Das Problem war nicht die Anzahl an Menschen, sondern die Kürze der Zeit“, sagte der Sozialdemokrat. „Und heute kann man festhalten: Bremen hat klug gehandelt und die Situation im Großen und Ganzen gut gelöst.“



Klaus Möhle

Möhle erinnerte aber auch daran, dass es damals einiges an Zeit und Mühe gekostet habe, den Bund und den dama-

ligen Finanzminister Wolfgang Schäuble davon zu überzeugen, dass Länder und Kommunen finanzielle Unterstützung bei Unterbringung und Integration brauchen. „Diese Unterstützung war und ist dringend nötig, denn es geht nicht nur um Essen, Trinken und Wohnen. Viele der Geflüchteten kamen auch mit schwersten Traumata zu uns und brauchen eine entsprechende Betreuung“, erklärte der Sozialdemokrat.

Mit Sorge sieht Möhle dabei Äußerungen, etwa des CDU-Spitzenkandidaten Carsten Meyer-Heder, dass es im Sozialbereich Einsparpotenzial gebe. „Dafür gibt es überhaupt keinen Raum“, stellte Möhle klar. „Die Schere zwischen Arm und Reich, öffnet sich immer weiter. Deswegen kann es nicht sein, dass weniger Geld für soziale Leistungen ausgegeben wird. Deswegen lehnen wir auch die geplante Kürzung der Zuschüsse für Geflüchtete durch den Bund ab. Denn wenn von dort weniger Geld kommt, müssen wir es irgendwo anders hernehmen. Und das können wir – gerade im Sozialbereich – nicht kompensieren. Deswegen brauchen wir die Mittel auch weiterhin – in voller Höhe!“

KLIMASCHUTZ BLEIBT ZENTRALE AUFGABE!

„Fridays for Future“ – unter diesem Motto gehen derzeit jeden Freitag viele Schülerinnen und Schüler auf die Straße, um für mehr Klimaschutz zu demonstrieren. Heute waren die Proteste das Thema einer Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft.

„Es ist erst einmal toll zu sehen, dass die Schülerinnen und Schüler sich für ihre Interessen einsetzen und dafür auf die Straße gehen“, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jens Crueger in seiner Rede. Er sieht in den Protesten nicht nur die Forderung nach mehr Klimaschutz, sondern auch, dass die Frage der Generationengerechtigkeit von den jungen Teilnehmern gestellt werde. Für den Sozialdemokraten steht aber auch fest: „Wir sind beim Klimaschutz noch nicht da, wo wir sein sollten. Deswegen müssen wir weitere Anstrengungen unternehmen. Dieses Thema bleibt auch weiterhin eine wichtige Aufgabe.“



Jens Crueger